

Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK)  
Vollversammlung, 23./24. November 2018 TOP 4

UNKORRIGIERTES  
REDEMANUSKRIFT  
Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Heinrich Detering  
Professor für Neuere deutsche Literatur und Vergleichende Literaturwissenschaft  
Universität Göttingen

Impulsvortrag  
Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten – "Wer ist wir?"

Thomas Sternberg und Stefan Vesper haben mich gebeten, hier etwas über den Sprachgebrauch der parlamentarischen Rechten zu sagen, also vor allem – wenn auch leider nicht ausschließlich – der AfD. Ich hätte mich, zumal in der Kürze der Redezeit, gern auf eine kritische Glossierung einiger Wörter und Floskeln beschränkt, deren Verwandtschaft mit Dolf Sternbergers Wörterbuch des Unmenschen ebenso bestürzend ist wie diejenige mit Victor Klemperers Analysen zur *Lingua tertii imperii*, mit Josef Piepers Missbrauch der Sprache – Missbrauch der Macht oder mit Cornelia Schmitz-Bernings Vokabular des Nationalsozialismus. Schon diese großen politischen Sprachkritiker aber standen vor zwei Problemen, die mir in der Kürze der Redezeit erst recht zu schaffen machen. Erstens sind in den meisten relevanten Fällen nicht die Ausdrücke allein das Problem, sondern ihre Verwendung und die Kontexte, in denen sie geäußert werden. Es geht nicht allein um die Wörter, sondern es geht um die Pragmatik, um die Performanz. Nicht das Wort "Vogelschiss" ist böse, sondern seine Anwendung auf den industriell organisierten Massenmord an den europäischen Juden. Und zweitens ist eine Analyse politischer Äußerungen nicht so leicht auf rhetorische und oder stilistische Phänomene zu reduzieren, wie Fachfremde das oft annehmen. Es ist ebenso banal wie grundlegend wichtig, daran zu erinnern, dass Wörter und Sätze sich meistens auf außersprachliche Wirklichkeiten beziehen, deren Sichtweise und Darstellung damit ebenfalls zur Debatte steht.

Im Fall der AfD-Äußerungen kommt noch ein dritter Sachverhalt hinzu; der aber macht mir die Sache nun wieder etwas leichter. Über diese Äußerungen nämlich, über Wahlreden und Interviews, Zeitungsartikel und Twitter-Nachrichten wird ja allenthalben so lebhaft diskutiert, dass ich vielmehr befürchten muss, dass ich Ihnen gar nichts Neues mehr zu sagen hätte. Und zumal meine Nachbarn in der Sprachwissenschaft, etwa Heidrun Kämper und Joachim Scharloth, arbeiten derzeit intensiv an linguistischen Analysen des rechtspopulistischen Sprachgebrauchs. Aus diesen drei Punkten ergibt sich der Vorsatz, mich im Folgenden erstens auf möglichst wenige und kurze, aber repräsentative und aufschlussreiche Sätze zu beschränken, und mich dabei zweitens auf diejenigen semantischen und stilistischen Merkmale zu konzentrieren, die nicht unmittelbar evident sind. Gerade in einigen der meistdiskutierten Äußerungen der führenden AfD-Vertretern und Vertreterinnen hat sich, wie mir scheint, die öffentliche Diskussion an immer denselben

Schlagwörtern festgebissen und dabei die Perfidie von Wortfeldbeziehungen und Syntax unterschätzt. Und schließlich komme ich drittens nicht umhin, auch auf inhaltliche Grundzüge der AfD-Botschaften hinzuweisen. Dass dies alles nur exemplarisch, stichworthaft und andeutend geschehen kann, gehört zu den Spielregeln, mit denen mich die Einladenden zu beruhigen versucht haben. Ich gebe also alles andere als eine erschöpfende Analyse, lediglich eine Diskussionsgrundlage für die Arbeitsgruppen dieser Vollversammlung.

Dabei möchte ich fragen, wer oder was das "wir" ist, das in den Äußerungen der AfD wiederkehrend als "unser Volk", "unser Vaterland", "unsere Kultur" erscheint. Dazu möchte ich einige einzelne Sätze rhetorisch ernstnehmen, die um dieses ideologische Begriffszentrum kreisen. Für die Geschichte der wichtigsten Schlüssel-Wörter verweise ich auf Cornelia Schmitz-Bernings Standardwerk "Vokabular des Nationalsozialismus".

Fast immer sind die Definitionen des vermeintlich abendländischen und des deutschen "wir" in den Hassfloskeln von Pegida und AfD negativ bestimmt. Sie sollen vor allem markieren, wer nicht dazugehören soll. Wir sind die, die nicht so sind wie die da. In einer privaten Mail – die sie im Nachhinein und mit wenig glaubwürdigen Gründen zur Fälschung erklären ließ – , hat Alice Weidel 2013 beklagt, dass "wir von kulturfremden Völkern wie Arabern, Sinti und Roma etc. überschwemmt werden"; das entspricht ihrer im Bundestag geäußerten Denunziation der nach Deutschland geflüchteten Muslime als "Kopftuchmädchen und Messermänner". Überschwemmt sieht Frau Weidel "uns" also, und das nicht etwa von Völkern, denen unsere Kultur fremd ist – was als Behauptung über die seit Jahrhunderten in Europa lebenden Sinti und Roma immerhin auch nicht sehr weit entfernt ist von dem Satz, ein Jude könne "kein Volksgenosse sein". Sondern sie sagt, dass wir überschwemmt werden von "kulturfremden Völkern", also von Menschen, denen Kultur schlechthin fremd ist. Sie meint das, was im klassischen Griechenland "die Barbaren" hieß, und sie beschreibt es wie eine Naturkatastrophe, als Überschwemmung.

Wie man die Anderen suggestiv als solche Barbaren markiert, zeigt Beatrix von Storch in einer Mitteilung, in der sie vor den Migranten mit den Worten warnt, es handle sich um "barbarische, muslimische, gruppenvergewaltigende Männerhorden". Das ist nicht nur in der Wortwahl offensichtlich beleidigend und verletzend, sondern es ist auch in der Syntax bemerkenswert. Das ist in der allgemeinen Empörung oft übersehen worden. Ich meine die unauffällige Parallelisierung der drei Attribute. Frau Storch warnt ja nicht lediglich vor "barbarischen" und "gruppenvergewaltigenden Männerhorden", deren Mitglieder im erörterten Fall Muslime sind. Sondern sie hat das "muslimisch" zwischen "barbarisch" und "gruppenvergewaltigend" so selbstverständlich eingeschoben, als gehöre es natürlicherweise zum selben Begriffsfeld. (Folglich liegt hier wie auch sonst die Vorstellung barbarischer Gruppenvergewaltigungen ohne Muslime unterhalb ihrer Wahrnehmungsschwelle.)

In einer Rede am 2. Juni 2016 in Elsterwerda hat Alexander Gauland mit einer unverhohlenen Anspielung auf die rassistische Verschwörungstheorie von der angeblichen "Umvolkung" sekundiert, dass die "Kanzler-Diktatorin" das deutsche "Volk völlig umkrepelt und viele fremde Menschen uns aufpfropft". Die gärtnerische Metapher verschiebt den Konflikt

unauffällig und wirkungsvoll von der Kultur in die Biologie. "Wir" sind hier verwurzelt, naturwüchsig, ein Volk wie ein Baum; die Volks-Fremden werden uns aufgepfropft als biologisch fremde Triebe. Die Metapher ist in ihrem Kern rassistischer, als man es ihr ansieht.

Natürlich spricht Gauland nicht von "Rassefremden". Charakteristisch gerade für die Redeweise des betont bildungsbürgerlich auftretenden Parteivorsitzenden scheint mir vielmehr eine Rhetorik, die vorgibt, entschieden und eindeutig Stellung zu beziehen, ebendiese Stellung aber noch im selben Atemzug scheinbar wieder verlässt. Ein Beispiel gibt der von ihm wie von vielen Repräsentanten der AfD mit demonstrativer Verachtung ausgesprochene Begriff "System"; hinzu kommen Abkömmlinge wie "Systempresse" und "Systemparteien". Gegen sie ruft Gauland ausdrücklich eine "Revolution" aus – mit dem eiligen Hinweis, die sei natürlich nicht gewaltsam zu denken. (Aber sein Mitstreiter Björn Höcke hat mit einer abgeschmackten Adorno-Anspielung den "Lauen" in der eigenen Partei eingepägt: "Es gibt keine Alternative im Etablierten.") In der unspezifischen Allgemeinheit des Ausdrucks "das System" erinnert auch diese Redeweise nicht zufällig an die rechtsradikale Opposition gegen die Weimarer Republik. "Der Führer [...] fordert heute im Namen dieses Volkes das System in die Schranken", hieß es – um nur einen von zahllosen Belegen zu nennen – im Wahlaufruf der NSDAP 1932.

Was also meint das Wort "System" beispielsweise in Gaulands vor wenigen Wochen in einem FAZ-Interview geäußertem Satz: "Wir sind der Pfahl im Fleische eines politischen Systems, das sich überholt hat"? Es gehört zum Redegestus Gaulands, sich nach einem Satz wie diesem rasch strategisch auf den Boden des Grundgesetzes zurückzuziehen: "kein vernünftiger Mensch" behauptete, "dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung weg muss". Wäre das alles, so könnte man unterstellen, dass es ihm lediglich um eine Ablösung der Bundesregierung gehe. Im selben Atemzug aber sagt Gauland, es müsse "mehr weg als nur die regierende Bundeskanzlerin", nämlich – und weiter kann er sich in einem einzigen Satz schlechterdings nicht radikalieren – "das politische System". Das aber ist etwas grundsätzlich Anderes als etwa eine bestimmte Bundesregierung oder Politikerin. Regierungswechsel sind in der Bundesrepublik gerade keine Systemwechsel, sondern im Gegenteil Bestandteile eines Systems freier Wahlen. Wer im Hinblick darauf eine "Revolution" proklamiert, wie Gauland es tut, der will nicht die Bundesrepublik. Wer ein Pfahl im Fleische dieses Systems sein will, will nicht das Grundgesetz.

Kalkulierte Mehrdeutigkeiten dieser Art finden sich nicht nur am radikalen Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft, sogar in der Mitte der Bundesregierung. Ich verweise hier auf die Arbeiten des Jenaer Soziologen Robert Feustel zur Übernahme von AfD-Sprache in Teilen der CSU und begnüge mich auch hier mit einem einzigen, Ihnen allen bekannten Satz des Innenministers Horst Seehofer: "Die Migrationsfrage ist die Mutter aller politischen Probleme in diesem Land." Nehmen wir auch diesen Satz ernst, und nehmen wir ihn beim Wort, dann besagt er erstens, dass "die Migrationsfrage" – wie immer die auch genau lauten mag – eine Überbietung aller anderen Fragen bedeute; so wie die vom Minister zitierte Redensart Saddam Husseins von der "Mutter aller Schlachten" diejenige Schlacht androhen sollte, der gegenüber alle anderen Schlachten verblassten (als ein "Vogelschiss", sozusagen). Zweitens besagt er, dass alle politischen Probleme eine gemeinsame Mutter haben – was schon

für sich genommen eine überraschende Behauptung ist – und dass diese Mutter, dieser Ursprung, der alle anderen Probleme gebiert, die Migrationsfrage sei. Es gäbe, so besagt der Satz, keine politischen Probleme mehr, wenn es "die Migrationsfrage" nicht gäbe.

Alexander Gauland hat die Anregung auf seine Weise aufgenommen. In einer Wortmeldung im Deutschen Bundestag im vergangenen September, die mit einem sarkastischen Zitat von Seehofers Satz beginnt, lässt er keinen Zweifel daran, dass mit dem Abstraktum "Migration" niemand anderes gemeint sei als die sehr konkreten Migranten. Und er will anschaulich machen, wer die da sind, im bedrohlichen Gegensatz zu uns hier. In einer Aufzählung von Gewalttaten der letzten Monate erwähnt er "Drei Männer, der Täterbeschreibung zufolge vermutlich Nordafrikaner", "mehrere männliche Personen, die als ‚dunkelhäutig‘ beschrieben" werden, und "Schläger, der Beschreibung zufolge ‚Südländer“". Dabei ist er sich keineswegs klar darüber, ob die so Beschriebenen deutscher Nationalität sind oder nicht; vielmehr setzt er als selbstverständlich voraus, dass Menschen südländischen Aussehens nicht zu uns gehören können (wie er umgekehrt auch von Deutschen, die ähnliche Gewalttaten begehen, nichts zu wissen scheint). Für die Schuldzuschreibung genügt es schon, "der Täterbeschreibung zufolge vermutlich Nordafrikaner" oder "der Beschreibung zufolge ‚Südländer“" oder überhaupt nur "als dunkelhäutig beschrieben" zu sein. Nein, Gauland beklagt nicht die Gewalt auf den Straßen, sondern er beklagt, dass sie von den anderen Leuten ausgeübt worden ist, ‚denen da‘. In derselben Suada wird die Gewalt, die in Chemnitz von rechtsradikalen Deutschen gegenüber Ausländern verübt worden ist – oder vielmehr: gegenüber allen möglichen Unbeteiligten, die "der Beschreibung zufolge ‚Südländer“" sein könnten –, verniedlicht in Sätzen wie diesem: "Hundert Chemnitzer machten spontan von ihrem demokratischen Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch, taten ihre Empörung über die Folgen der Einwanderungspolitik der Kanzlerin kund."

In derselben Wortmeldung im Bundestag hat Gauland noch einen zweiten Satz gesagt, der mir für seine manipulative Rhetorik des Behauptens und Ausweichens charakteristisch erscheint: "Hass ist keine Straftat". Dieser Satz folgt der Regel: Widerspruch Behauptungen, die niemand aufgestellt hat. Niemand im Deutschen Bundestag hatte ja behauptet, Hass sei ein Straftatbestand. Viele aber hatten darauf hingewiesen, dass aus Hass Taten hervorgehen können, die einen Straftatbestand erfüllen. Gaulands Satz spricht mit dem Pathos der Lakonie eine Banalität aus, suggeriert aber, dass auch die aus Hass hervorgegangenen Taten straffrei sein sollten – und zwar dann, wenn der Hass berechtigt sei. Vollständig zitiert lautet sein Satz nämlich: "Hass ist erstens keine Straftat und hat zweitens in der Regel Gründe." Auch dies ist natürlich eine Banalität. Es baut auf die vermeintliche Evidenz des Banalen, meint aber etwas Anderes. "Hass ist erstens keine Straftat und hat zweitens in der Regel Gründe" meint: Begründeter Hass erzeugt begründete Straftaten. Und am Ende sind es dann nicht einmal Straftaten gewesen, sondern nur Ausdruck der berechtigten "Empörung über die Folgen der Einwanderungspolitik der Kanzlerin" und Ausübung des Rechts auf Versammlungsfreiheit.

In seinem Artikel hat Gauland diese Empörung gerechtfertigt mit dem Verständnis für "diejenigen, für die Heimat noch immer ein Wert an sich ist und die als Erste ihre Heimat verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Einwanderer strömen". Was hier "Einwanderer" heißt,

nennt Gauland in anderen Äußerungen "Flüchtlinge". Was aber sind, per definitionem, Flüchtlinge? Eben: "diejenigen, für die Heimat noch immer ein Wert an sich ist und die als Erste ihre Heimat verlieren" – weil sie nicht von Einwanderern vertrieben werden, sondern beispielsweise von Taliban oder IS-Milizen.

Was in der Rhetorik der AfD "uns", also "die Deutschen", von den anderen, also den Migranten und überhaupt den Ausländern, unterscheidet, das ist die deutsche Kultur und Geschichte. Dabei legt die Partei den größten Nachdruck auf deren Kontinuität, einschließlich der NS-Zeit, des Zweiten Weltkriegs und der Wehrmacht. Als erster radikaler Bruch in der deutschen Geschichte erscheint ihr das Kriegsende 1945 – so in einer bekannten, heftig diskutierten und doch immer noch nachlesenswerten Bemerkung Alexander Gaulands beim "Kyffhäusertreffen" der AfD am 2. September 2017: "Wenn die Franzosen zu Recht stolz auf ihren Kaiser sind und die Briten auf Nelson und Churchill, haben wir das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen." Offensichtlich sind hier mit dem "wir", in Analogie zu "den Franzosen" und "den Briten" die Deutschen gemeint, die auf die "Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen" stolz sein dürften. Das Eigenartige an Gaulands Behauptung aber ist ihr Satzbau. Genauer: seine Konditionalstruktur, das "wenn – dann". Sie suggeriert eine logische Zwangsläufigkeit nach dem Schema: Wenn jeder Philosoph ein Mensch ist und Sokrates ein Philosoph, dann ist Sokrates ein Mensch. Aber wenn die Franzosen stolz auf Napoleon sein sollten und die Briten auf Lord Nelson und Winston Churchill – warum sollte daraus folgen, dass die Deutschen stolz sein sollten auf Reichswehr und Wehrmacht? Wenn die Müllers stolz sind auf ihre begabte Tochter Erna, warum folgt daraus, dass wir stolz sein müssen auf die Leistungen unseres kriminellen Sohnes Fritz? Oder andersherum: Wenn die Engländer stolz auf Lord Nelson sind, warum sollen wir Deutschen dann nicht stolz sein auf, beispielsweise, Angela Merkel?

Aber das Problem dieses Satzes liegt, scheint mir, tiefer. Zunächst fällt auf, dass Gaulands Vergleich semantisch asymmetrisch ist, obwohl er ja gerade ein symmetrisches Verhältnis betonen soll: zwischen Stolz hier und Stolz dort. Auf der einen Seite stehen drei Personen, nämlich Napoleon, Lord Nelson und Churchill; auf der anderen Seite hingegen steht ein Abstraktum, nämlich eine Gesamtheit von Leistungen. Symmetrisch – und damit die behauptete Analogie allererst begründend – wäre die Formulierung entweder, wenn auf der einen Seite die britische Armee im Zweiten Weltkrieg stünde und auf der anderen die deutsche Wehrmacht; dann würde sie besagen, dass die Leistungen in der Niederschlagung des Nationalsozialismus ebenso bewundernswürdig seien wie die Taten der Kämpfer für den Nationalsozialismus selbst. Oder es stünde, falls es beim Vergleich historischer Personen bleiben sollte, auf der einen Seite der Oberbefehlshaber Winston Churchill und auf der anderen der Oberbefehlshaber Adolf Hitler. (Erlauben Sie eine Zwischenbemerkung über die andere Seite, den Sprachgebrauch der AfD-Gegner: Denen wird oft vorgeworfen, zu rasch mit Begriffen wie "Faschismus" oder "Nazis" bei der Hand zu sein. Ich möchte gern dagegen fragen: Wo sollte man diese Begriffe bei der Hand haben, wenn nicht hier?)

Je länger man die Äußerungen führender AfD-Vertreter anschaut, desto deutlicher wird, dass ihr "wir" ebenso ambivalent ist wie ihr Verhältnis zu System und Revolution. Der Spit-

zenkandidat der AfD in Thüringen, den Gauland ungeachtet aller anderweitigen Relativierungen "meinen Freund Björn Höcke" nennt, hat in seiner berüchtigten Dresdner Rede im Januar 2017 die einschlägigen Argumentations- und Redefiguren der AfD in geradezu mustergültiger Klarheit vorgeführt. "Unser liebes Volk" sagt er – "Unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch den Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht." Die Feinde – die von ihm so genannten "Altparteien, auch die Gewerkschaften, vor allen Dingen auch die Angstkirchen" und so fort – sie "lösen unser liebes deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwar-men Wasserstrahl. Aber wir, liebe Freunde, wir Patrioten werden diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen, wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen." Und zwar gegen eine Regierung, die "zu einem Regime mutiert" ist. Höckes Freunde sollen diesen Aufstand des Volkes gegen das Regime als, so fährt er fort, "fundamentaloppositionelle Bewegungspartei" vollbringen. Aber wer ist gemeint mit dem "unser", wer holt sich das "liebe Volk" und das "liebe Vaterland" "zurück"? Die diffamierten Parteien, Gewerkschaften und Kirchen gehören, daran lässt er keinen Zweifel, nicht dazu, sie sind "unserem Volk" und "Vaterland" so fremd wie die Einwanderer; die Sprechchöre, die Höcke mit dem Kampfruf gegen die "Volksverräter! Volksverräter!" anfeuern, markieren das unmissverständlich. Höckes deutsches Volk – das sind also zuerst nur seine Gesinnungsgenossen, gleich danach aber wir Anderen, Abtrünnigen oder demokratisch Verführten, die "zurückgeholt" werden müssen.

"Aber wir, liebe Freunde, ... wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen." Was meint in diesem Satz das Wort "zurück"? Höcke setzt eine Zeitenwende voraus, einen Gegensatz von Vorher und Nachher. Vor dieser Wende war da "unser einst intakter Staat", "unsere einst hoch geschätzte Kultur", "unsere einst schöne Heimat", "unsere einst stolzen Städte", "unsere einst geachtete Armee". Wann aber war dieses "einst", wann beginnt das depravierte Jetzt? Höcke datiert seine Zeitenwende erstaunlich präzise, nur tut er es indirekt, über die Bande. Gut und richtig waren die Zustände demnach vor der "umfassenden Amerikanisierung" und der "nach 1945 begonnenen systematischen Umerziehung". Gut und richtig hingegen waren sie vor dem – er nennt dieses Datum ausdrücklich – 8. Mai 1945. Denn was wollten diejenigen, die damals den NS-Terror beendeten? Sie wollten "uns (!) mit Stumpf und Stiel vernichten". An diesem Zeit-Schema ist nichts misszuverstehen. Die von Höcke angeprangerte deutsche Schande – für ihn hat sie 1945 nicht geendet, sondern begonnen. Nicht die von Deutschen unternommene Vernichtung der europäischen Juden und der Sinti und Roma oder der Vernichtungskrieg gegen Polen und Russen sind für ihn eine Schande, sondern die Entmachtung derjenigen, die diesen Terror betrieben haben. "Man" nennt er sie, aber er meint unzweifelhaft die Vertreter der westlichen Demokratien. Richard von Weizsäckers Rede über die "Kollektivscham" angesichts der NS-Verbrechen nennt er folgerichtig "eine Rede gegen das eigene Volk". Die westlichen Demokratien sind für ihn die Vernichter und Zerstörer des eigentlichen deutschen Wesens: "man wollte unsere Wurzeln roden" (womit wir wieder bei Gaulands biologistischer Garten-Metapher sind).

Infolge dieser Umerziehung weg vom Nationalsozialismus hin zur Demokratie befinden "wir" uns bis heute, "immer noch", in einer "Geistesverfassung" und im "Gemütszustand ... eines total besiegten Volkes." "Total" war nicht der Krieg, den Goebbels gegen die zivilisierte Welt

ausgerufen hat, "total" war vielmehr der Sieg der parlamentarischen Demokratie und der offenen Gesellschaft. Man muss sich das in der Deutlichkeit vor Augen halten, in der er selber es sagt. Höckes Antwort auf die Frage, wen er mit "unser Volk" meint, lautet: das, was am 8. Mai 1945 besiegt worden ist. Dagegen sind für ihn alle, die heute in Deutschland leben und sich zu Demokratie, Westbindung, offener Gesellschaft bekennen, Volksfeinde und Verräter – im günstigsten Fall noch irgendwie "zurückzuholen", an den schlechtesten mag man gar nicht denken.

Bemerkenswert an Höckes Dresdner Rede scheint mir aber nicht nur das, was er sagt, sondern auch der Redegestus, in dem er das tut. Die Instanz, auf deren Autorität er seine Behauptungen baut, ist keine Ideologie oder politische Bewegung. Sondern diese autoritative Instanz ist allein er selbst. Je länger er spricht, desto intensiver grenzt er nicht nur ‚die dort‘ von ‚uns hier‘ ab, sondern auch ‚euch‘ von ‚mir‘. Er, der Einzelne, besitzt die Fähigkeit, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft souverän zu überblicken und alle Täuschungen zu durchschauen; und er besitzt infolge dieser Fähigkeit die Vollmacht, uns, den Vielen, den Weg zu weisen, ja ausdrücklich Weisungen zu erteilen: "ich will es euch nicht leicht machen. Ich weise euch einen langen und entbehrungsreichen Weg. Ich weise dieser Partei einen langen und entbehrungsreichen Weg." Das ist das Führerprinzip, geronnen zur autoritären Syntax. Der Redner befiehlt, die Zuhörer folgen, notfalls durch Entbehrungen hindurch. Und erst jetzt, nachdem er sich als einsamen Seher und Führer der Vielen selbst autorisiert hat, benennt Höcke das Ziel des Weges, den er uns weist: Er "ist der einzige Weg, der zu einem vollständigen Sieg führt, und dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD." (Notabene als "die letzte friedliche Chance für unser Vaterland": Danach kommt der Bürgerkrieg.) Dieser Satz verschmilzt zwei Gedanken zu einem. Erstens: Der vollständige Sieg der AfD wäre die Wiederherstellung dessen, was 1945 verlorengegangen ist. Und zweitens: Das auf Höckes Weg vollständig siegreiche "Volk" ist in seinem Wesen identisch mit seiner Partei. Die Partei repräsentiert das wahre Volk, ihre Gegner sind – es ist dieselbe Gedankenfigur wie bei Donald Trump – die Feinde des Volkes. Volk und Partei sind eins, und sie sind es, wenn sie dem Weg ihres Führers folgen. Dies alles – aber erst im Nachhinein wird es deutlich, wenn man die Rede gewissermaßen von hinten nach vorn liest – war gemeint mit dem Versprechen: "wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen."

Und das ist nun keineswegs nur die Sicht des Rechtsauslegers Höcke. Genau so hat es auch der vornehme, nach jedem Rechtsausfall auf den Boden des Grundgesetzes zurückeilende Herr Gauland formuliert, nach der letzten Bundestagswahl. Aber diese Übereinstimmung bemerkt man erst, wenn man nicht nur die inhaltlichen Provokationen wahrnimmt, sondern auch die rhetorischen Verfahren, die Stilprinzipien. "Wir", so hat es Gauland am Wahlabend mit Höckes Worten in die Fernsekameras gesagt, "wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen." Nur scheinbar meint er mit der Wendung "unser Land und unser Volk" alle Deutschen. Im Gegenteil will er deren Mehrheit mundtot machen, zugunsten der Partei, die diejenigen Verhältnisse von Land und Volk wiederherstellen, "zurückholen" will, die mit der Westbindung verloren gegangen sind. Nicht "Wir sind das Volk" besagt Gaulands "unser", sondern: "Uns gehört das Volk", "uns steht es zu".

Als Thomas Mann 1936 wegen seines Kampfes gegen die NS-Diktatur die Ehrendoktorwürde der Bonner Universität entzogen wurde, antwortete er mit einem Offenen Brief, der sich rasch als Flugschrift im Exil verbreitete. Vieles daraus verdiente hier zitiert zu werden; ich beschränke mich auf einen einzigen Satz, der sich heute so liest, als sei er auf Gauland und Weidel, Storch und Höcke gemünzt: "Sie haben die unglaubliche Kühnheit, sich mit Deutschland zu verwechseln! Wo doch vielleicht der Augenblick nicht fern ist, da dem deutschen Volke alles daran gelegen sein wird, nicht mit ihnen verwechselt zu werden."

Damit bin ich schließlich bei der angekündigten unvermeidlichen Bemerkung zum Inhalt, zur Semantik eines Schlüssel-Begriffs. Ich meine die "kulturelle Identität" als Summe aller angenommenen Wesenseigenschaften des "Volks"-Wir. Es ist charakteristisch für die Denk- und Redeweise der Rechten – und zwar keineswegs nur der extremen Rechten –, diese Identität als eine räumlich und zeitlich stabile, kontinuierliche und mit einem biologischen Substrat verbundene Sache anzunehmen. Es ist leider keineswegs mehr banal, gegen diese Auffassung daran zu erinnern, dass jede Kultur in sich plural ist, mehrstimmig, divergent. Deutschland ist so heidnisch wie die Merseburger Zaubersprüche, so evangelisch wie Luther, so katholisch wie Ratzinger und so antichristlich wie Nietzsche; Deutschland ist so mystisch wie Meister Eckhard und so antimystisch-aufklärerisch wie Kant; so romantisch wie Novalis und Eichendorff und so antiromantisch wie Marx und Engels; die Reihe wäre wahrhaft unendlich fortzusetzen, und es ist beinahe peinlich, daran hier zu erinnern. Aber nur beinahe. Denn wenn Alexander Gauland mokant darauf hinweist, eine Orientierung Richtung Westen finde sich halt bei dem, wie er sagt, "Düsseldorfer Juden Heine", während der abgeklärte Preuße Fontane in den russischen Osten geblickt hätte, dann ist das nicht nur sachlich haarsträubend falsch (kein Dichter liebte die deutsche Romantik inniger als Heine, kein ironischer Skeptiker war Frankreich herzlicher verbunden als Fontane). Sondern es ist mit seinem antisemitischen Unterton auch eine Ohrfeige ins Gesicht der deutschen Kultur selbst. Niemand in der Geschichte der deutschen Literatur hat sich lebenslang so leidenschaftlich gegen die Idee einer exklusiven National-Kultur gestemmt wie ihr größter Dichter selbst. Buchstäblich im Geburtsaugenblick desjenigen romantischen Nationalismus, der mit der Niederlage Napoleons beginnt und deren zur Fratze gewordenen Zerrbild Gauland und Höcke zeigen, hat Goethe daran erinnert, dass es im Wesen der Kultur selbst liegt, über die Grenzen zu treten, und dass keine Ideologien so erbärmlich miteinander übereinstimmen wie die konkurrierenden und immer nach denselben Mustern funktionierenden Nationalismen. In demonstrativ schrägen, verächtlichen Reimen schreibt er: "Und wer franzet oder britet, / Italienert oder teutschet, / Einer will nur wie der Andre, / Was die Eigenliebe heischet." Goethe schreibt das im Westöstlichen Divan, seinem größten Gedichtbuch, das mehr als hundert Gedichte hindurch, mit liebevoller Neugier, die Gemeinsamkeiten von christlichen, jüdischen und islamischen Traditionen erkundet. (Und nur nebenbei: Wer die 114. Sure des Koran im arabischen Original nachlesen will, kann das in Weimar tun, in Goethes geduldig erlernter arabischer Handschrift.)

Was also macht die Einheit, die "Identität" einer nationalen Kultur aus? Keine gemeinsame Religion oder Weltanschauung, Wesensart oder Lebensweise, hätte Goethe geantwortet, sondern nur die gemeinsame Sprache. Mehr nicht? Mehr nicht. Das aber ist ja unendlich



viel mehr, als man auf den ersten Blick begreift: Es sind die in dieser Sprache formulierten Weltansichten, Religionen, Lebensweisen und Anschauungen aller in dieser Sprache über Räume und Zeiten hinweg verbundenen Menschen, und zwar in eben der Vielfalt der Identitäten, die ihr Reichtum und ihr Glück ist.

Genau diesen Gedanken nun hat am 14. Mai 2017 die Integrationsbeauftragte der deutschen Bundesregierung wiederholt, in lakonischer Kürze und aus meiner Sicht vollkommen zurecht; Goethe und Lessing hätte sie jedenfalls auf ihrer Seite gehabt. "Eine spezifisch deutsche Kultur", schrieb sie in der taz, "ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar." In der Sprache aber, da existiert sie eben, da ist sie lebendig, in der Vielfalt all ihrer Varianten. Nun ist die Integrationsbeauftragte Aydan Özoguz aber eine deutsche Staatsbürgerin, die aus einer türkischen Familie stammt, und dieser Umstand hat ihren Satz in den Ohren von Höckes völkisch-rassistischen Truppen wie Hohn klingen lassen.

Vor AfD-Anhängern im Eichsfeld hat Alexander Gauland über Frau Özoguz bemerkt: "Ladet sie mal ins Eichsfeld ein, und sagt ihr dann, was spezifisch deutsche Kultur ist. Danach kommt sie hier nie wieder her, und wir werden sie dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können." Nicht nur das "entsorgen" sollte hier aufhorchen lassen, das für Schlagzeilen und nachträgliche Relativierungen sorgte, sondern noch zwei andere Aspekte. Erstens: Warum wird Frau Özoguz, wenn ihr von den Bewohnern des Eichsfeldes gezeigt worden ist, "was spezifisch deutsche Kultur ist", anschließend "nie wieder her" kommen? Welches Spezifikum der spezifisch deutschen Kultur sollte hier der Frau Özoguz vermittelt werden? Welcher Art ist diese Vermittlung, wenn die Adressatin anschließend "entsorgt" werden muss? Und zweitens: Wer ist das "wir", das Frau Özoguz "in Anatolien entsorgen" will? Es sind, folgt man dem Text, die Vertreter jener spezifisch deutschen Kultur. Sie gleichen zum Verwechseln Bandenmitgliedern, die es ihren Opfern erst richtig zeigen, sie dann erledigen und schließlich entsorgen. Nein, Gaulands Sprache ist auch hier wahrhaftig nicht die Sprache Goethes und Fontanes. Sie ist bloß der schlecht verkleidete Jargon von Gangstern.